

Alfred Sulik (Katowice)

## DIE EIGENTUMSVERHÄLTNISSE UND DIE VERWALTUNGSSTRUKTUR DER OBERSCHLESISCHEN INDUSTRIE 1939 - 1945

Anschließend an die dargestellten Vorträge möchte ich auf die Bedeutung des Industriepotentials Oberschlesiens in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches und aus dieser sich ergebender Neuordnung der Besitzverhältnisse und Neuorganisation der Schwerindustrie hinweisen.

Die Wirtschaftsverwaltung des Dritten Reiches und die deutschen Konzerne waren schon vor dem Ausbruch des II. Weltkrieges für das Ostoberschlesische Industrieviertel interessiert. In der Fach- und Tagespresse erschienen viele Artikel, welche Merkmale der Propaganda trugen, die die Schwierigkeiten, Schikanen und Vernachlässigungen in der ober-schlesischen Industrie im polnischen Staat darstellen sollten<sup>1</sup>. Am Vortage des Kriegsausbruches beabsichtigten die Berg- und Hüttenkonzerne des westlichen Teils Oberschlesiens, und ebenfalls Konzerne aus anderen Teilen des Reiches die Bergwerke und Hütten und andere Objekte der Schwerindustrie in Oberschlesien in ihre Hände zu übernehmen.<sup>2</sup> Die Wirtschaftsleitung des Dritten Reiches, die riesige Rohstoffschwierigkeiten zu überwinden hatte, erwartete in der Annexion des östlichen Teils Oberschlesiens große Nutzen. Übrigens hatte man genaue Erkenntnis und Übersicht der Rohstoffvorkommen und Kapazität der Produktion in diesem Gebiet, zumal hier der Anteil des deutschen Kapitals beträchtlich war.

Nach der Annexion des polnischen Landes unternahm man sofort Versuche einer Bilanzierung der Vorteile, welche das dem Dritten Reich eingegliederte Oberschlesien bringen sollte. Es wurde eine ganze Reihe von Memorialen,

---

<sup>1</sup> Z. B. *Die polnische Terrorwelle über Ostoberschlesien* — Deutsches Nachrichten Büro Telegramm Nr. 1169 vom 17 VIII 1939; *Lage in Oberschlesien unhaltbar* — Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 393 vom 18 VIII 1939; *Kritische Lage der ober-schlesischen Industrie* — Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 397 vom 20 VIII 1939; *Wirtschaftsnot in Oberschlesien* — Frankfurter Zeitung Nr. 424 vom 21 VIII 1939; *Heruntergewirtschaftete Industrie* — *Das Schicksal der von Deutschland an Polen abgetretenen Industrien* — Deutscher Reichsanzeiger Nr. 197 vom 26 VIII 1939.

<sup>2</sup> B. Puchert, *Działalność niemieckiej IG Farben Industrie w Polsce*. Warszawa 1973, S. 4.

Plänen und Prognosen bearbeitet. Im Memorial „Die wirtschaftlichen Kräfte der deutschen Interessengebiete im ehemaligen Polen und ihre Bedeutung für den großdeutschen Wirtschaftsraum“, beruhenden auf der Rede Hitlers im Reichstag vom 6. Oktober 1939, unterstrich man, daß die Einbeziehung Ostoberschlesiens in das Großdeutsche Reich einen beträchtlichen Zuwachs des allgemeinen wirtschaftlichen Potentials, insbesondere für die kriegswirtschaftlich wichtigen Industriezweige bedeutet.<sup>3</sup> Eine recht große Verbesserung brachte die Einbeziehung Ostoberschlesiens in den großdeutschen Wirtschaftsraum auf dem Gebiete der mineralischen Rohstoffproduktion und Hüttenerzeugung.

Der weitaus wichtigste Zuwachs für Deutschland war das große ostoberschlesische Steinkohlenvorkommen einschließlich mit den Kohlenrevieren Dąbrowa, Kraków und Olza-Gebiet, die eine Förderkapazität von ungefähr 60 Mill. t Steinkohlen leisteten. Es ergab sich also, daß die Steinkohlenförderung des ganzen großdeutschen Wirtschaftsraumes insgesamt 240 Mill. t betragen sollte. Die Bedeutung des großschlesischen Kohlenreviers als des nächst dem Ruhrrevier wichtigsten Kohlenproduzenten entstammte aus der Hoffnung, daß die Förderung bei voller Kapazitätsausnutzung auf wenigstens 90 Mill. t gesteigert werden konnte.

Obwohl hinsichtlich der Steinkohle das Dritte Reich bisher autark gewesen war, so erlaubte eine zusätzliche Exploitation des obererschlesischen Steinkohlenbeckens Überschüsse zu erringen, welche man auf schwedische Erze austauschen oder für Benzolproduktion verwenden konnte.<sup>4</sup>

Auch die Position in der Hüttenkokserzeugung brachte eine bedeutende Besserung. Der großschlesische Wirtschaftsraum verfügte insgesamt über eine Kokserzeugung von zusammen 7 Mill. t. Das stellte Deutschland weitaus an erster Stelle in der Weltkokserzeugung.<sup>5</sup>

Groß war auch der Zuwachs der Eisen- und Metallwirtschaft, am wichtigsten im Bereiche der Eisen- und Stahlerzeugung und in der Zinkproduktion. Ein Versuch einer Eisenbilanz ergab, daß die Stellung Deutschlands in der Welteisen- und Weltstahlerzeugung durch die Eingliederung der neuen Gebiete eine wichtige Verbesserung brachte. In der Roheisenerzeugung mit ca 20 Mill. t der Rohstahlerzeugung mit ca 25 Mill. t und Walzwerkprodukten mit ca 17 Mill. t sollte Deutschland an zweiter Stelle unter den großen Eisenerzeugerländer der Welt stellen.

<sup>3</sup> Zentrales Staatsarchiv der Deutschen Demokratischen Republik Potsdam (zit. ZStA Potsdam), Auswärtiges Amt 68355, S. 1 - 20.

<sup>4</sup> G. Hallgarten — J. Radkau, *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute*. Frankfurt am Main — Köln 1974, S. 369; Sven-Olof Olsson, *German coal and Swedish fuel 1939 - 1945*. Göteborg 1975, S. 145 - 147.

<sup>5</sup> ZStA Potsdam, Osteuropa Institut 32: Bemerkungen zur Vereinigung der industriellen Gebietsteile Ostoberschlesiens im gesamten schlesischen Wirtschaftsraum.

Dazu kam noch die oberschlesische Zinkindustrie, deren Kapazität Deutschland zu den weitaus bedeutendsten Zinkproduzenten Europas führen sollte.<sup>6</sup>

Welche Stellung der Gau Oberschlesien im neuen Europa einzunehmen berufen war, ergab sich nach einer Darstellung vom Gauleiter und Oberpräsidenten Fritz Bracht. Bracht führte vor, daß einerseits die Zusammenballung bedeutender Zweige der Schwerindustrie die Grundrolle spielt, andererseits die geographische Lage des Gaues, durch den eine ganze Reihe europäischer Verkehrsströme von Norden nach dem Südosten und von Westen nach Osten führen.<sup>7</sup>

Die Bedeutung Oberschlesiens in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches wurde von Reichsminister A. Speer in den letzten Monaten des Krieges hervorgehoben: „Die deutsche Rüstung wird nach dem Verlust von Oberschlesien nicht mehr in der Lage sein, auch nur im entferntesten die Bedürfnisse der Front an Munition, Waffen und Panzern, die Verluste an der Front und den Bedarf für die Neuaufstellung zu decken“.<sup>8</sup>

Sofort nach der Besetzung Oberschlesiens wurden viele langfristige Pläne einer Umgestaltung seiner Wirtschaft vorgenommen.<sup>9</sup> Für die Kriegszeit sollten jedoch andere Pläne und Richtlinien gelten. Oberschlesien mußte zunächst alle Planungen für die Zukunft zurückstellen und seine ganze Kraft im Rahmen der gesamten deutschen Rüstungswirtschaft für den Endsieg einsetzen.<sup>10</sup> Oberschlesiens Beitrag zur Rüstungswirtschaft des Reiches sollte in erster Linie auf der Produktion des Bergbaues und der Schwerindustrie beruhen. Der Kriegseinsatz jedoch sollte breite Grundlagen für die kommende Friedenswirtschaft schaffen.

Es waren aber nur die drei wichtigsten Rohstoffe und zwar Kohle, Eisen und Zink in der zukünftigen Struktur der oberschlesischen Industrie weitgehend bestimmt.<sup>11</sup>

Für die Realisierung der Nah- und Fernpläne in der Wirtschaft ergab sich die Notwendigkeit einer „Neuordnung“ und „Bereinigung“ der Besitzverhältnisse, wie auch die Neuorganisation der Industrie. Der Aufbau eines einheitlichen, auf die großen Richtlinien der Ausbeutungspolitik, bei der alles überragenden Forderung einer möglichst schnellen und intensiven

<sup>6</sup> ZStA Potsdam, Deutsche Reichsbank 5512, S. 100; Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Katowicach (zit. WAP Kat.) Berg- und Hüttenmännischer Verein 4, S. 96.

<sup>7</sup> Deutscher Handelsdienst vom 27 VIII 1942; Pressedienst für Wirtschaftsaufbau vom 7 X 1939.

<sup>8</sup> A. S. Milward, *Der zweite Weltkrieg*. München 1977, S. 110.

<sup>9</sup> Z. B. Maßnahmen zur wirtschaftlichen Festigung der eingegliederten Ostgebiete; Rationalisierung der O/S Eisenindustrie u.a.

<sup>10</sup> Europa-Kabel vom 15 VIII 1942.

<sup>11</sup> WAP Kat. Gauwirtschaftskammer Oberschlesien 29: Die wirtschaftliche Struktur des in die Provinz Schlesien eingegliederten Ostgebiete.

Produktionssteigerung, mußte in kurzer Zeit durchgeführt werden, um das oberste Ziel der wirtschaftlichen Bestrebungen zu erfüllen, die restlose Bewältigung der Rüstungsaufgaben.<sup>12</sup>

Vor dem Erscheinen der Ausführungsverordnung des Befehlshabers des Abschnitts Oberschlesien betreffend Einsetzung von kommissarischen Verwaltern für Unternehmungen, Betriebe und Grundstücke vom 4. Oktober 1939 wurden die oberschlesischen Industriebetriebe sichergestellt, in Betrieb genommen und der Zivilverwaltung überwiesen, die kommissarische Verwalter bestimmte.<sup>13</sup> Für die Übernahme des ostoberschlesischen Gebietes wurden schon vor der Annexion Personen bereit gestellt, die für die Betreuung der einzelnen Werke und Verwaltungen in Frage kamen. Es handelte sich hierbei zum größten Teil um Beamte, die in früheren in diesem Gebiet tätig waren und meist unter politischem Druck ihre Stellung hatten verlassen müssen. Von diesen Personen wurde bei jeder bestehenden Verwaltung in dem gleichen Rahmen, wie dies vor der Besetzung vorhanden war, ein Treuhänder von dem Chef der Zivilverwaltung ernannt worden, der den betreffenden Konzern verantwortlich leiten sollte. Als Werkleiter für Gruben und Hütten sind größten Teils frühere Obersteiger und Hüttenmeister eingesetzt worden. In einigen Tagen wurde die Übernahme allgemein abgeschlossen. Schon am 9. September 1939 konnte der Chef der Zivilverwaltung melden, daß alle wichtigen im oberschlesischen und Dabrowaer Revier Industrierwerke in deutscher Hand sind.<sup>14</sup>

Die Treuhandstelle für Ostoberschlesien wurde erst am 9. November 1939 gegründet mit der Aufgabe, das Vermögen des polnischen Staates innerhalb der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete zu erfassen und zu verwalten. Daneben wurde ihr die Anordnung aller wirtschaftlichen Maßnahmen, die zur Überleitung der Wirtschaftsführung in den einzelnen Verwaltungsgebieten erforderlich waren, um die Durchführung notwendiger Verrechnungen und die Vorbereitung erforderlicher Auseinandersetzungen mit fremdstaatlichen Gläubigern bestimmt. Die Treuhandstelle in Oberschlesien bekam eine noch weitgehende Aufgabe, die den Auf- und Ausbau der Wirtschaft, die Erhaltung und Steigerung ihrer Produktionskräfte und die möglichst rasche und vollständige Eingliederung in die gesamtdeutsche Wirtschaft umfaßte. Dementsprechend wurden die Aufgaben der kommissarischen Verwalter erweitert.

Die kommissarischen Verwalter wurden nicht nur mit Verwaltung von Gruben und Hütten beauftragt, sie sollten auch zu der sogenannten Eindeutschung der oberschlesischen Industrie einen nicht unwesentlichen Beitrag

<sup>12</sup> WAP Kat., Gauwirtschaftskammer O/S 102 — Vortrag von Dr. A. Jacob.

<sup>13</sup> C. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce*. Bd. I. Warszawa 1970, S. 545 - 550.

<sup>14</sup> WAP Kat., Treuhandstelle Ost Kattowitz 2918.

leisten. Sie mußten bestimmten politischen Anforderungen entsprechen und Verdienste für das Dritte Reich wie auch für die Nationalsozialistische Partei aufweisen können. Bei der Auswahl und Bestellung von kommissarischen Verwaltern waren mannigfaltige Schwierigkeiten zu überwinden. Es ist oft vorgekommen, daß für Betriebe Bewerber von verschiedenen Stellen des Staates, der Partei, der Rüstungsinspektion, der gewerblichen Wirtschaft und vielen anderen Stellen vorgeschlagen wurden.<sup>15</sup> Oft führte das zu erheblichen Reibungen. Die Einschaltung derartig vieler Stellen in die Tätigkeit der Treuhänder hatte sehr viele unerwartete und für den Einsatz ungünstige Folgen.

Die Enteignungsaktion hatte zweifache Funktionen. Einerseits handelte es sich um die Eindeutschung und Integrierung Ostoberschlesiens und des Dąbrowaer-Beckens, andererseits aber hatte es die Einbeziehung des polnischen Vermögens zur Folge, was einen hervorragenden Wert für Rüstungswirtschaft des Dritten Reiches hatte.<sup>16</sup>

Vor dem Erscheinen der grundsätzlichen Verordnungen, welche das Eigentumsproblem regulierten, und zwar die Verordnung über die Sicherstellung des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates vom 15. Januar 1940 und die Verordnung über die Behandlung von Vermögen der Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates vom 17. September 1940, hat Göring das Recht über das Disponieren der Industriebetriebe in Ostoberschlesien und im Dąbrowaer-Becken für sich vorbehalten.<sup>17</sup> Im November 1939 sind 62 Steinkohlengruben und Kokereien als Wehrwirtschaftsbetriebe anerkannt. Diese sind dem Bevollmächtigten des Vierjahresplanes unterstellt worden.<sup>18</sup>

Nur kurze Zeit dauerte die Registrierung- und Erfassungsaktion der oberschlesischen Industrie und der Werke im Dąbrowaer Revier durch die Treuhandstelle in Katowice. Mitte des Jahres 1940 wurden 826 der wichtigsten und größten Industriebetriebe erfaßt und unter kommissarische Verwaltung gestellt. Hier handelte es sich im einzelnen um 70 Kohlen- und Erzgruben, 96 Werke der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie, 41 Werke der metallverarbeitenden Industrie, 67 chemische Werke, 238 Textilerzeugungsbetriebe und andere. Wenn man dazu Werke im Dąbrowaer Revier zählt, die als Gesamtgruppen von Werken gleicher Art durch Generaltreuhänder verwaltet waren, dann erhöht sich die Zahl der erfassten Werken auf 1500.<sup>19</sup>

---

<sup>15</sup> C. Łuczak, *Grabież polskiego mienia na ziemiach zachodnich Rzeczypospolitej „wcielonych” do Rzeszy 1939 - 1945*. Wydawnictwo źródłowe. Poznań 1969, S. 69.

<sup>16</sup> WAP Kat., Treuhandstelle Ost Kattowitz 908, S. 24 - 26.

<sup>17</sup> F. Ryszka, *Państwo stanu wyjątkowego. Rzecz o systemie państwa i prawa Trzeciej Rzeszy*. Wrocław 1974, S. 439 - 440; C. Madajczyk, *Polityka III Rzeszy...*, S. 517.

<sup>18</sup> WAP Kat., Berg- und Hüttenmännischer Verein 21.

<sup>19</sup> WAP Kat., Treuhandstelle Ost Kattowitz 158 und 161.

Von den beschlagnahmten Betrieben erreichten 109 über 500 000 RM jährlichen Produktionswertes und 168 zwischen 100 000 bis 500 000 RM.<sup>20</sup> Die im oberschlesischen und Dąbrowa Gebiet vorhandenen Bergbaubetriebe und Betriebe im Wert über 500 000 RM wurden sämtlich an die Haupttreuhandstelle Ost in Berlin abgegeben.

Gleichzeitig wurde eine Reihe von kleinen und wenig rentablen Betrieben im Rahmen einer Stilllegungsaktion geschlossen. Stillgelegt wurden Werke, bei denen der Ausfuhranteil im Verhältnis zur Gesamtproduktion weniger als 20% betragen hatte und wertmäßig eine Summe von 20 000 RM jährlich nicht erreichte und auch, wenn ihre Erzeugnisse für die Kriegswirtschaft nicht wichtig waren.<sup>21</sup> Von den 133 Betrieben in der eisen- und metallverarbeitenden Industrie wurden 28 stillgelegt.

Bedeutend länger als die Erfassung des Industripotentials dauerte der Prozeß der Neuordnung der Besitzverhältnisse und die Neuorganisation. Es wurden hierbei aber Widersprüche sichtbar. Wenn z. B. die Reichsstelle für Eisen und Stahl und die deutschen Konzerne Westoberschlesiens die Wiederherstellung des Besitzes der oberschlesischen Industriebetriebe für die Besitzer der Zeit vor dem ersten Weltkrieg postulierten, so forderten Göring und das Reichswirtschaftsministerium den Anteil für westdeutsche Firmen bei der Übernahme der polnischen Industriewerke. Für diese interessierten sich besonders: Reichswerke Hermann Göring, Krupp, Röchling und IG Farben.<sup>22</sup> In dieser Rivalisation trugen der Staat und die mit ihm verbundenen Konzerne, in deren Interesse die Übernahme der wichtigsten Betriebe lag, den Sieg davon.

Die Neuordnung der Besitzverhältnisse und Neuorganisation der oberschlesischen Industrie war eng aneinander verbunden. Bei diesen Veränderungen handelte es sich um die Bildung einer derartigen Eigentums- und Organisationsstruktur der Industrie, um die Realisation der grundsätzlichen Kriegswirtschaft des Dritten Reiches sicherzustellen, nämlich einer maximalen Ausbeutung des Industripotentials. Schon Ende September 1939 hatte man den oberschlesischen Industriellen gegenüber Vorhalte erhoben, daß sie sich nach lokalem Ehrgeiz richteten und eigene Interessen und Entwicklungsmöglichkeiten im Auge hatten, aber die allgemeine Wehrindustrie außer Acht ließen.<sup>23</sup>

Die Neuordnung der Besitzverhältnisse und die Neuordnung der Industrie ging in zwei Richtungen. Einerseits handelte es sich um Besitznahme der

<sup>20</sup> ZStA Potsdam, Reichsfinanzministerium 6152, S. 62 - 87; WAP Kat., Treuhandstelle Ost Kattowitz 282, S. 29.

<sup>21</sup> ZStA Potsdam Reichswirtschaftsministerium 15231, S. 4 - 7, 24.

<sup>22</sup> Vergl. WAP Kat., Treuhandstelle Ost Kattowitz: 158, S. 39; B. Puchert, *Działalność niemieckiej IG Farben Industrie ...*, S. 188.

<sup>23</sup> Exposé von Generaldirektor der Bismarckhütte Dr. Kallenborn am 30 IX 1939.

größten und kriegswichtigsten Betriebe für das Staatsmonopolistische Kapital, das durch entsprechende Investitionsaufwände eine erforderliche Produktionskapazität in bestimmten Industriezweigen gesichert werden konnte. Das bezieht sich besonders für die Konzerne Reichswerke Hermann Göring, Berghütte und Preussag. Andererseits versuchte man den Ansprüchen oberschlesischer Besitzer vor dem ersten Weltkrieg, die in den Zwischenkriegsjahren die Betriebe verloren hatten, gerecht zu werden.

Eine führende Stellung im Kohlenbergbau erreichte der Reichskonzern H. Göring, welcher durch den im April 1940 gegründeten Filialbetrieb: Bergwerksverwaltung G. m. b. H. der Reichswerke Hermann Göring vertreten war. Zu Beginn 1941 hatte dieser Konzern die bisher kommissarisch verwalteten 20 Kohlengruben in Besitz genommen. Auch den übrigen Konzernen versuchte man durch Zuteilung von Bergwerken eine Kohlenbasis zu sichern. Steinkohlenbergwerke haben die Konzerne Berghütte, Energieversorgung Oberschlesien, Ballestrem, Schaffgotsch und Giesche erhalten. Die Kohlengruben des Fürsten von Pless gingen in die nee A. G. „Fürstengrube“ über. Den Anteil von 51% bekam der IG Farbeindustrie. Diese Gesellschaft sollte den größten Teil des Kohlenbedarfs des Buna-Werkes in Oświęcim decken.<sup>24</sup>

Am längsten dauerten die Verhandlungen hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse der Steinkohlengruben im Dąbrowa-Becken. In diesem Gebiet bestand eine große Anzahl von Bergwerksgesellschaften und die Besitzverhältnisse waren außerordentlich verschieden (polnischer, deutscher, französischer und italienischer Besitz). Um die Zersplitterung in Einzelkonzessionen zu beseitigen und die Leistungsfähigkeit des Gebiets zu steigern entstand ein Plan, sie in einer Hand zusammenzufassen. Es wurde für richtig befunden, die gesamten Steinkohlenbergwerke des Dąbrowa Gebietes der Preußischen Bergwerks- und Hütten A. G. zu übertragen, die ab Januar 1942 zum kommissarischen Verwalter der Steinkohlengruben des Dąbrowa Gebietes bestellt wurde, wobei sie die Betriebe auf eigene Rechnung zu führen hatte. Hiervon waren zeitlich ausgeschlossen: die Steinkohlenbergwerke der Saturn A. G. und die Czeladź A. G. In der Ersten waren Volksdeutschen Aktionäre aus Łódź und französische Aktionäre beteiligt.<sup>25</sup> Die Lösung dieses Problems kann als Beispiel einer Anwendung der staatspolitischen Gewalt in wirtschaftlichen Fragen dienen. Es wurde nämlich beschlossen an die französische Regierung mit der Erklärung heranzutreten, daß aus kriegswichtigen Gründen die Verfügung über das Vermögen der Czeladź A. G. notwendig sei und daß es sich nicht vermeiden lasse, enteignungsähnliche

<sup>24</sup> J. Jaros, *Historia górnictwa węglowego w zagłębiu górnośląskim w latach 1914 - 1945*. Katowice - Kraków 1969. S. 245 - 251.

<sup>25</sup> C. Luczak, *Grabież polskiego mienia...* S. 89.

Maßnahmen zu ergreifen, wenn die französischen Aktionäre an ihrer Weigerung zum Verkauf festhalten würden. Wenn die Weigerung fortbestehen würde oder die Verhandlungen ungebührlich in die Länge gezogen würden, sollte eine Anwendung der Polensvermögensordnung beschlossen werden. Einige Monate später (Mai 1943) wurde Saturn A. G. und Czeladź A. G. der neuen Preussag angegliedert.<sup>26</sup> Auf diese Weise vereinte die Preussag A. G. 18 Steinkohlenbergwerke in ihren Händen.

Außer Kohlenbergwerken verkaufte die Treuhandstelle zwei Zinkerzgruben der neuen Ostdeutschen Metallverwertungs-Gesellschaft (Ostmetall), in welcher auch Giesche und Schlessag ihre gemeinsamen Interessen vereinigt haben. Die Mineralö Raffinerie in Trzebinia wurde an Kontinentale Ölgesellschaft und das Sprengstoffunternehmen Lignosa A. G. der Sprengstoffwerke Oberschlesiens verkauft. Im Jahre 1941 wurde die Neuordnung in den Besitzverhältnissen der Eisenindustrie abgeschlossen. Dabei wurde eine Neuorganisation vorgenommen, die als Vorstufe der Rationalisierung diente, nämlich die Zusammenfassung aller vorhandenen Werke zu zweckmäßig gegliederten Produktionskombinaten. Der polnische Besitz wurde zwischen zwei Konzernen geteilt. Die Werke der IG für Bergbau- und Hüttenindustrie und die größten Werke im Dąbrowa Gebiet übernahm das neue Reichskonzern Berghütte in Cieszyn als Führungsgesellschaft der 10 großen Tochtergesellschaften in Oberschlesien, im Dąbrowa Gebiet, in Prag, Karwin — Trzyniec und in Bulgarien.

Eine Neugruppierung wurde auch im Ballestrem — Konzern durchgeführt. Dem rein ober-schlesischen Konzern wurden Aktiengesellschaften in Oberschlesien, im Dąbrowa Gebiet und Kraków zurückübertragen. Alle anderen Werke der eisenschaffenden Industrie aus kommissarischer Verwaltung wurden in die Hand der sog. freien Wirtschaft überleitet.

Unter den beschlagnahmten Betrieben der eisenverarbeitenden Industrie befand sich die Erste Lokomotivfabrik in Polen A. G. Chrzanów, wo die neu gegründete Gesellschaft O/S Lokomotivwerke A. G. in Katowice und Ballestrem-konzern beteiligt waren.

Auch im Bereich der ober-schlesischen Zinkindustrie sind durch Neuordnung der Besitzverhältnisse Voraussetzungen für eine Neuorganisation der Zinkwerke geschaffen worden<sup>27</sup>. Als Ergebnis der Neugruppierung der Zinkindustrie sind zwei große Zinkkonzerne: die Giesche A. G. einerseits und die A. G. für Berg- und Zinkhüttenbetriebe in Bytom andererseits weiter entwickelt worden.

Es wurde auch eine Neuordnung in der Energiewirtschaft vorgenommen. Alle polnischen unter der Verwaltung der Haupttreuhandstelle Ost stehenden Werke in Oberschlesien und im Dąbrowa — Jaworzno-Revier wurden der

<sup>26</sup> ZStA Potsdam Reichsfinanzministerium 6162, S. 222 - 223.

<sup>27</sup> WAP Kat., Gauwirtschaftskammer O/S 102.



neu gegründeten Reichsgesellschaft Energieversorgung Oberschlesien A. G. zugeteilt<sup>28</sup>.

Die Umgestaltung der Besitzverhältnisse und die Neuordnung der Organisation der ober-schlesischen Industrie — wie erwähnt — waren der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, dessen Grundziel eine maximale Ausbeutung des Industripotentials war, untergeordnet. Diesem Ziel dienten die Besitzgestaltungen, die viele Merkmale einer Gewalt in sich trugen.

Sogleich mit der Einrichtung der Deutschen Verwaltung in Oberschlesien wurde darauf abgesehen, daß die Werke sich den kriegswichtigen Erfordernissen der deutschen Wirtschaft anpaßten. Deshalb wurden die notwendigen Umstellungen eingeleitet und durchgeführt.

Der Prozeß einer Neuordnung der Besitzverhältnisse und der Verwaltungsstruktur der ober-schlesischen Industrie wurde daher verhältnißmäßig schnell bis 1941 abgeschlossen. Wenn auch die Regelung der rechtlichen Verhältnisse in manchen Fällen erst 1943 oder 1944 zu Stande kam, so konnte man auf Grund der in den Jahren 1939 - 1940 tatsächlich durchgeführten wirtschaftlichen Neuaufteilung die Kapazität des ober-schlesischen Industriereviere völlig den kriegswirtschaftlichen Aufgaben unterstellen.

---

<sup>28</sup> ZStA Potsdam Reichsfinanzministerium 6162, S. 227 - 228.

